

2. Neufassung^{*)}

der

Einladung

zur

20. Sitzung am Freitag, dem 22.01.2021, 10.00 Uhr

in Erfurt, Landtag, Plenarsaal

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Sitzungsteil **)

- 1. Aktionsplan für digitale Bildung 2021 - 2027 - Neuaufstellung des Bildungswesens für das digitale Zeitalter**
Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO
- [Vorlage 7/1286](#) -
dazu:- [Vorlagen 7/1346 /1362 /1535](#) -

(Beratung in öffentlicher Sitzung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO) **)

- 2. Herstellung des Benehmens gemäß § 60 des Thüringer Schulgesetzes hier: Entwurf der Ersten Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Schulbereich**
Antrag der Landesregierung gemäß § 60 des Thüringer Schulgesetzes
- [Vorlage 7/1493](#) -

(Beratung in öffentlicher Sitzung gemäß § 78 Abs. 3a Satz 1 Nr. 7 GO) **)

II. Nichtöffentlicher Sitzungsteil *)**

- 3. Gesundheitsfachberufe stärken und Nachwuchsgewinnung erleichtern**
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU
- [Drucksache 7/795](#) -
dazu:- [Vorlagen 7/401 /548](#) -
- [Zuschriften 7/229 /258 /293 /294 /297 /298 /313 /380 /418 /419 /431 /432 /462 /463 /464 /465](#) -

4. **Wohnheime an den überregionalen Förderzentren mit den Förderschwerpunkten Hören und Sehen in Thüringen**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1251](#) -
5. **Aufgabenverteilung und Arbeitssituation der sonderpädagogischen Fachkräfte in Thüringen**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1484](#) - (***)
6. a) **Aussagen des Thüringer Datenschutzbeauftragten zur Unterstützung der Schulen bei der Nutzung datenschutzkonformer Lern- und Kommunikationsplattformen**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1260](#) -

b) **Aktuelle Kommunikationsprobleme beim Distanzlernen und mit der Thüringer Schulcloud**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1491](#) - (***)
7. **Aktuelles Krisenmanagement im Thüringer Bildungssystem**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1490](#) - (***)
8. **Aktuelle Lage an Thüringens Schulen im Rahmen der Corona-Pandemie**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1485](#) - (***)
9. **Inanspruchnahme der Notbetreuung in der frühkindlichen und schulischen Bildung**
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1465](#) -
dazu: - [Vorlage 7/1494](#) -
10. **Attraktivität des Horterzieherberufs**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1489](#) - (***)
11. **Berufsschulnetzplanung und Situation der berufsbildenden Schulen in Thüringen**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1488](#) - (***)
dazu: - [Vorlage 7/1536](#) -

Wolf
Vorsitzender

- *) Die Neufassung der Einladung bezieht sich auf die Änderung der Sitzungsnummer sowie auf den Beginn der Sitzung.

- ***) Auf der Grundlage eines zu fassenden Beschlusses des Ausschusses zu Beginn der Sitzung bei Feststellung der Tagesordnung wird die vorgesehene Beratung in öffentlicher Sitzung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO und § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 7 GO wegen der im Thüringer Landtag geltenden Pandemiestufe 1 entweder gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 2 GO **in nicht öffentlicher Sitzung** durchgeführt oder im Internet auf **Landtag Live** übertragen.
- ***) Eine Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO liegt bisher nicht vor.

Hinweise:

Unter Bezugnahme auf den mit Wirkung vom 12. Oktober 2020 in Kraft getretenen Pandemie-Stufenplan des Thüringer Landtags wird darauf hingewiesen, dass der Zutritt zu den Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag aufgrund der Corona-Pandemie Beschränkungen unterliegt. Gemäß der derzeit geltenden Pandemiestufe 1 ist der Landtag grundsätzlich für die Allgemeinheit gesperrt.

Zutrittsberechtigt bleiben neben den Abgeordneten des Thüringer Landtags u.a. die Regierungsmitglieder und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Freistaats Thüringen, der Präsident des Thüringer Rechnungshofs sowie die Landesbeauftragten mit Sitz beim Landtag. Der Zutritt von Bediensteten der obersten Landesbehörden mit dienstlichem Anliegen zum Landtag ist nur mit Zustimmung der Präsidentin oder des Direktors möglich.

Zur Reduzierung von Kontakten, dem Schutz vor Infektionen sowie der möglichst weitgehenden Vermeidung von Schmierinfektionen über Gegenstände gilt in der derzeit geltenden Pandemiestufe 1 für alle Personen die Abstandsregelung von mindestens 2 Metern Abstand zu anderen Personen und ein verstärktes Reinigungs- und Desinfektionsregime. Bei Sitzungen im Plenarsaal und in den Ausschusssitzungsräumen besteht unter ergänzender Berücksichtigung der Hausverfügung der Präsidentin des Thüringer Landtags vom 19. Januar 2021 in der gesamten Liegenschaft die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (FFP2-Maske). Am Sitzplatz wird das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (FFP2-Maske) empfohlen.

Zum Schutz aller ist das Betreten des Thüringer Landtags grundsätzlich nicht möglich, falls Sie Symptome einer Covid-19-Erkrankung zeigen oder Sie in den letzten 14 Tagen persönlichen Kontakt zu einer Person hatten, bei der das neuartige Coronavirus im Labor nachgewiesen wurde. Haben Sie sich in den letzten 14 Tagen in einem Gebiet aufgehalten, für das gemäß aktueller Veröffentlichung des Robert Koch-Instituts eine Einstufung als Risikogebiet erfolgte, muss für den Zutritt ein Nachweis über die Befreiung von der Quarantänepflicht von der zuständigen Gesundheitsbehörde vorgelegt werden.

Des Weiteren werden die Landesregierung, der Landesrechnungshof und die weiteren externen Sitzungsteilnehmer gebeten, die Zahl ihrer Sitzungsteilnehmer auf ein Mindestmaß zu begrenzen und der Landtagsverwaltung im Vorfeld der Sitzung u.a. zur Gewährleistung der Abstandsregelungen ihre Sitzungsteilnehmer namentlich mitzuteilen. Neben dem Schutz und der Wahrung des freien Mandats darf dessen Ausübung auf keinen Fall zu einer Gefährdung von Leib und Leben anderer Abgeordneter, der Vertreterinnen und Vertreter anderer Verfassungsorgane sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen.

Bedienstete der Ministerien müssen zur Nachverfolgung etwaiger Infektionsketten beim Betreten des Landtagsgebäudes einen ausgefüllten Fragebogen zur Selbsteinschätzung bei der Wache abgeben oder vorzeigen und im jeweiligen Ministerium für mindestens drei Wochen hinterlegen.